



**Geschäftsführung  
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und  
Rechtsfragen / Vergabe / Internationales**

Frau Stiens

Telefon: (0221) 26300

Fax: (0221) 22210

E-Mail: verena.stiens@stadt-koeln.de

Datum: 25.07.2013

**Niederschrift**

über die **Sondersitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 16.07.2013, 16:00 Uhr bis 16:57 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

**Anwesend waren:**

**Vorsitzender**

Herr Winrich Granitzka CDU

**Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Jürgen Koch	CDU	i. V. für Herrn Dr. Elster
Frau Monika Schultes	SPD	i. V. für Frau Möller
Frau Elisabeth Thelen	GRÜNE	i. V. für Frau von Bülow

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Polina Frebel	SPD
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD
Frau Gisela Manderla	CDU
Herr Werner Marx	CDU
Herr Manfred Richter	GRÜNE
Herr Andreas Wolter	GRÜNE
Herr Volker Görzel	FDP

**Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen**

Herr Jörg Detjen DIE LINKE.

**Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Frau Iris Koppmann	auf Vorschlag der SPD	
Herr Oliver Krems	SPD	bis 16.34 Uhr

Herr Axel Hopfau auf Vorschlag der CDU  
Herr Julius Knappertsbusch auf Vorschlag der CDU  
Herr Rüdiger Dröger FDP

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Herr Jörg Kalitowitsch KLuST e.V.

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Herr Rudolf Schaefers PRO KÖLN

### **Verwaltung**

Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug  
Herr Richard Reischl  
Frau Ursula Herx  
Herr Robert Kilp  
Herr Jörg Dicken  
Herr Friedel Giesen-Weirich  
Herr Wolfgang Heintz  
Herr Hans-Joachim Mohr  
Herr Dirk Schmaul

### **Schriftführerin**

Frau Verena Stiens

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Monika Möller SPD  
Herr Dr. Ralph Elster CDU  
Frau Brigitta von Bülow GRÜNE

Herr Granitzka begrüßt die Anwesenden und trägt die Vorschläge der Verwaltung zur Aufnahme in bzw. Absetzung von der Tagesordnung vor:

### **I. Öffentlicher Teil**

- 3.1 Beantwortung einer Anfrage der FDP-Fraktion vom 22.04.2013 (AN/0507/2013)  
Bereitstellung von Zirkusflächen  
2199/2013

*Tischvorlage*

- 3.2 Beantwortung einer Nachfrage von Herrn Breite und Herrn Detjen vom 08.07.2013  
Räumung der ehemaligen Kolbhalle in Ehrenfeld  
2476/2013
- 4.1 Sachstandsmitteilung zu Aktivitäten der Stadt Köln in Sachen "Open Government"  
2324/2013
- 6.1 Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 11.07.2013  
Einsparmöglichkeiten im Bereich des ruhenden Verkehrs  
AN/0958/2013  
*Tischvorlage*
- 10.1 Änderung der Satzungen über die Erhebungen von Gebühren und Kostenersatz für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzungen)  
1957/2013
- 10.2 Kooperation der Stadt Köln und des Landschaftsverbandes Rheinland bei der Errichtung und dem Betrieb der Archäologischen Zone mit Jüdischem Museum  
2078/2013

**II. Nichtöffentlicher Teil**

- 16.1 Sanierung der Colonia-Deponie, Anwaltsbeauftragung  
1704/2013
- 16.1.1 Beantwortung einer Anfrage von Frau Möller vom 08.07.2013  
Sanierung der Colonia-Deponie, Anwaltsbeauftragung  
2443/2013  
*Tischvorlage*
- 16.2 Einleitung eines Vergabeverfahrens zum Abschluss eines Rahmenvertrages über Kopierer/Multifunktionsgeräte in Schulen und für städtische Dienststellen im Zeitraum 01.07.2014 - 30.06.2019  
1954/2013
- 16.3 Einsturz des Historischen Archivs am 03.03.2009; Erweiterung der selbständigen Beweisverfahren zur Schadensursache und Schadenshöhe auf zwei weitere potentielle Verursacher des Archiveinsturzes  
2453/2013

Herr Granitzka informiert darüber hinaus, dass der Wirtschaftsausschuss die Beratung der Vorlage unter TOP 9.1 "Erfahrungsbericht Vergabekonzept 2011 - 2013 und neues Vergabekonzept ab 01.01.2014" in seiner letzten Sitzung vertagt hat. Er schlägt dem Ausschuss vor, die Vorlage dennoch zu beraten. Er erklärt, die Vorlage sei auf Vorschlag der CDU-Fraktion zurückgestellt worden, die in der Sitzung Fristeneinrede geltend gemacht habe. Da diese Fragen nun im Nachhinein geklärt werden konnten und die Verwaltung sehr an einer Beschlussfassung noch vor der Sommerpause interessiert sei, spreche sich die CDU-Fraktion dafür aus, die Vorlage zur Beschlussfassung zu stellen.

Herr Wolter äußert seine Bedenken, auf die Beratung der Vorlage im Wirtschaftsausschuss zu verzichten.

Frau dos Santos Herrmann erklärt, da die SPD-Fraktion bereit sei, der Vorlage zuzustimmen, könne sie sich Herrn Granitzkas Vorschlag anschließen.

Herr Detjen ergänzt, die Bezirksvertretung Innenstadt habe die Vorlage bereits beraten und die Vorlage ungeändert empfohlen.

Herr Schmaul informiert, die unter Ziffer 2 des Beschlussvorschlages genannten Erhöhungen der Veranstaltungskontingente stünden unter dem Vorbehalt eines Bestätigungsbeschlusses des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales im 2. Quartal des Jahres 2016 nach vorheriges Beratung in der Bezirksvertretung sowie insbesondere Anhörung der Anwohnerinnen und Anwohner.

Auf Rückfrage von Frau dos Santos Herrmann führt er aus, das vorliegende Konzept habe unter anderem auch den Wunsch der Anwohnerinnen und Anwohner aufgegriffen, nach Beendigung der Bauarbeiten vor Ort zunächst eine Ruhephase einzurichten, bevor die Frage der Ausweitung des Veranstaltungskontingents diskutiert werde. Diesem Wunsch habe man mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag entsprochen.

Herr Granitzka fasst zusammen und bittet den Ausschuss um Abstimmung.  
Der Ausschuss beschließt einstimmig, bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, die Vorlage auf der Tagesordnung zu belassen und unter TOP 9.1 zu beraten.

Darüber hinaus erklärt sich der Ausschuss mit der folgenden Tagesordnung einverstanden:

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

- 1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**
- 2 Internationales**
- 3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen**
  - 3.1 Beantwortung einer Anfrage der FDP-Fraktion vom 22.04.2013 (AN/0507/2013)  
Bereitstellung von Zirkusflächen  
2199/2013
  - 3.2 Beantwortung einer Nachfrage von Herrn Breite und Herrn Detjen vom 08.07.2013  
Räumung der ehemaligen Kolbhalle in Ehrenfeld  
2476/2013
- 4 Mitteilungen der Verwaltung**
  - 4.1 Sachstandsmitteilung zu Aktivitäten der Stadt Köln in Sachen "Open Government"  
2324/2013

**5 Allgemeine Verwaltungsorganisation**

**6 Schriftliche Anfragen**

- 6.1 Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 11.07.2013  
Einsparmöglichkeiten im Bereich des ruhenden Verkehrs  
AN/0958/2013

**7 Mündliche Anfragen**

- 7.1 Mündliche Anfrage von Herrn Görzel zu einer Rallye-Veranstaltung auf dem Roncaliplatz

**8 Anträge**

**9 Platzvergaben**

- 9.1 Erfahrungsbericht Vergabekonzept 2011 - 2013 und neues Vergabekonzept ab 01.01.2014  
2108/2013

**10 Allgemeine Vorlagen**

- 10.1 Änderung der Satzungen über die Erhebungen von Gebühren und Kostenersatz für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzungen)  
1957/2013
- 10.2 Kooperation der Stadt Köln und des Landschaftsverbandes Rheinland bei der Errichtung und dem Betrieb der Archäologischen Zone mit Jüdischem Museum  
2078/2013

**II. Nichtöffentlicher Teil**

**11 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen**

**12 Mitteilungen der Verwaltung**

**13 Schriftliche Anfragen**

**14 Mündliche Anfragen**

**15 Anträge**

**16 Allgemeine Vorlagen**

- 16.1 Sanierung der Colonia-Deponie, Anwaltsbeauftragung  
1704/2013

- 16.1.1 Beantwortung einer Anfrage von Frau Möller vom 08.07.2013 Sanierung der Colonia-Deponie, Anwaltsbeauftragung  
2443/2013
- 16.2 Einleitung von Vergabeverfahren zum Abschluss eines Rahmenvertrages über Kopierer / Multifunktionsgeräte in Schulen und für städtische Dienststellen im Zeitraum 01.07.2014 bis 30.06.2019  
1954/2013
- 16.3 Einsturz des Historischen Archivs am 03.03.2009; Erweiterung der selbständigen Beweisverfahren zur Schadensursache und Schadenshöhe auf zwei weitere potentielle Verursacher des Archiveinsturzes  
2453/2013

## **I. Öffentlicher Teil**

- 1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**
- 2 Internationales**
- 3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen**
- 3.1 Beantwortung einer Anfrage der FDP-Fraktion vom 22.04.2013 (AN/0507/2013) Bereitstellung von Zirkusflächen  
2199/2013**

Die Beantwortung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

- 3.2 Beantwortung einer Nachfrage von Herrn Breite und Herrn Detjen vom 08.07.2013 Räumung der ehemaligen Kolbhalle in Ehrenfeld  
2476/2013**

Die Beantwortung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

- 4 Mitteilungen der Verwaltung**
- 4.1 Sachstandsmitteilung zu Aktivitäten der Stadt Köln in Sachen "Open Government"  
2324/2013**

Die Mitteilung hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau dos Santos Herrmann spricht ihr Lob an die Verwaltung aus und ergänzt, ihrer Meinung nach sei man was das Thema "Internetstadt Köln" und somit auch mehr Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger angehe einen guten Schritt vorangekommen. Darüber hinaus bitte sie um kurze Information, inwiefern sich die Verwaltung auch mit städtischen Gesellschaften, wie der KVB, der Rhein Energie oder auch der AWB abstimme und hier Daten ähnlich zu-

gänglich mache.

Frau Klug bestätigt einen bereits laufenden Prozess, wonach in Abstimmung mit Beteiligten wie der KVB nicht nur z.B. Informationen zu Fahrpreisen etc, sondern auch unternehmensspezifische Daten transparenter gemacht werden sollen. Zur Schaffung einer verbesserten Transparenz sei auf Seiten der Stadt Köln eine Richtlinie unter dem Titel "Public Corporate Governance" erarbeitet worden. Aber auch auf Landesseite seien Änderungen vorgenommen worden; unter dem Label "NRW blickt durch" habe der Landesgesetzgeber Aktivitäten vorbereitet, um mehr Transparenz für alle Bürger in Landesangelegenheiten zu schaffen. Erst letzte Woche habe sie die Möglichkeit gehabt, mit der unter diesem Label arbeitenden Initiative, die vom Bund der Steuerzahler, Mehr Demokratie NRW und Transparency International Deutschland ins Leben gerufen worden sei, ein Gespräch führen zu dürfen. Auf diesem Wege habe sie erklären dürfen, wie die kommunale Sicht im Zusammenhang mit der Vorbereitung eines breit angelegten Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetzes NRW aussehen könnte. Frau Klug ergänzt, sie blicke mit Stolz auf die auf diesem Gebiet z.B. mit dem Open-Data-Portal der Stadt Köln erreichten Fortschritte. Die Stadt habe sich hier mit der Unterstützung des Rates, der schon vor einigen Jahren eine Vordenkeraufgabe übernommen habe, einen sehr guten Ruf erarbeitet, dem sich alle in besonderer Form verpflichtet fühlten.

## **5 Allgemeine Verwaltungsorganisation**

## **6 Schriftliche Anfragen**

### **6.1 Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 11.07.2013 Einsparmöglichkeiten im Bereich des ruhenden Verkehrs AN/0958/2013**

Die Anfrage hat zur Sitzung vorgelegen; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Kilp erklärt vorab, nach einer groben ersten Prüfung sei insgesamt betrachtet derzeit davon auszugehen, dass durch die vorgeschlagenen Änderungen eher geringfügige Einsparungen erzielt werden könnten. Darüber hinaus informiert er über eine im Bereich des ruhenden Verkehrs mit dem Ziel einer Geschäftsprozessoptimierung laufende Untersuchung und schlägt vor, die Anfrage in einen Auftrag an die Verwaltung abzuändern, diese Fragestellungen in die Untersuchung mit aufzunehmen. Die Prüfergebnisse könnten dem Ausschuss dann gemeinsam mit dem Schlussbericht zur Untersuchung vorgelegt werden.

Frau dos Santos kann sich diesem Vorschlag anschließen und fragt, für wann in etwa mit der Vorlage der Ergebnisse zu rechnen sei.

Herr Wolter kann sich mit dem Vorschlag ebenfalls einverstanden erklären. Darüber hinaus bittet er jedoch die Verwaltung, unabhängig davon dem Ausschuss zeitnah zumindest erste Prüfergebnisse zur Kenntnis vorzulegen.

Herr Kilp sichert dem Ausschuss die entsprechende Weiterleitung des Prüfauftrages sowie die zeitnahe Vorlage erster Sachstandsinformationen zu.

## **7 Mündliche Anfragen**

### **7.1 Mündliche Anfrage von Herrn Görzel zu einer Rallye-Veranstaltung auf dem Roncalliplatz**

Auch vor dem Hintergrund der unter TOP 9.1 zu beratenden Vorlage "Erfahrungsbericht Vergabekonzept 2011 - 2013 und neues Vergabekonzept ab 01.01.2014" greift Herr Görzel einen Artikel aus der Tagespresse auf, wonach am 22.08.2013 eine vom ADAC gesponserte und durch den Oberbürgermeister eröffnete Rallye auf dem Roncalliplatz stattfinden werde. In diesem Zusammenhang bitte er um Information, inwieweit das Vergabekonzept der Stadt derartige Sportveranstaltungen auf dem Roncalliplatz überhaupt vorsehe.

Herr Kilp informiert, an diesem Tag werde lediglich der Start des Rennens auf dem Roncalliplatz stattfinden. Gemäß des vom Ausschuss beschlossenen und derzeit gültigen Vergabekonzeptes seien entsprechende Kurznutzungen der Innenstadtplätze, die nicht länger als 4 Stunden beanspruchten, als Geschäfte der laufenden Verwaltung zu betrachten und könnten vom Amt für öffentliche Ordnung unmittelbar genehmigt werden. Genau bezüglich dieses Punktes sei in dem zur Beschlussfassung vorgelegten Vergabekonzept ab 2014 eine Spezifizierung vorgenommen worden. So würde die Genehmigung solcher Veranstaltungen auf Innenstadtplätzen zukünftig unter anderem mit der Maßgabe verbunden sein, dass diese zunächst die für den jeweiligen Platz im Vergabekonzept spezifisch festgelegten Kriterien zu erfüllen hätten.

## **8 Anträge**

## **9 Platzvergaben**

### **9.1 Erfahrungsbericht Vergabekonzept 2011 - 2013 und neues Vergabekonzept ab 01.01.2014 2108/2013**

Herr Detjen nimmt Bezug auf die Tabelle auf Seite 12 des Erfahrungsberichtes, wonach hinsichtlich des Alter Marktes kein deutlicher Rückgang der Veranstaltungstage zu verzeichnen sei und bittet die Verwaltung darum, hierauf in Zukunft verstärkt zu achten. Er erklärt, insbesondere da der Alter Markt auch indirekt immer mitbetroffen sei, wenn Veranstaltungen auf dem nahegelegenen Heumarkt stattfänden, sollten bei der Planung hier noch deutlicher die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner berücksichtigt werden.

Frau dos Santos Herrmann merkt an, ihre Fraktion begrüße das vorgelegte Konzept, insbesondere da zukünftig auch zusätzliches Augenmerk auf die Qualität der Veranstaltung gelegt werde. Weiterhin hoffe sie, dass ein guter Kompromiss zwischen einer einerseits lebhaften Stadt, aber auch der im Vergleich zu anderen Städten fast schon einzigartigen Innenstadt als Wohnort geschaffen werden könne. Darüber hinaus halte es die SPD-Fraktion auch für wichtig, durch eine gewisse Flexibilität weiterhin Raum für Entwicklungen zu lassen. Vor diesem Hintergrund könne sie dem Vorschlag der Verwaltung, eine Erhöhung der Kontingente erst ab 2017, unter dem Vorbehalt eines Bestätigungsbeschlusses des Ausschusses und Anhörung der Anwohner/-innen vorzusehen, grundsätzlich zustimmen. Sie rege jedoch an, die Formulierung unter Ziffer 2 in der Form abzuändern, als die Passage "...nach vorangegangener Anhörung..", durch die Formulierung "nach vorheriger Konsensbildung mit den Anwohnerinnen und Anwohnern" ersetzt werde.

Frau Manderla kann sich Frau dos Santos Herrmanns Wortbeitrag dahingehend anschließen, dass sich das noch geltende Vergabekonzept bisher bewährt habe. Hinsichtlich des benannten erforderlichen Bestätigungsbeschlusses des Ausschusses zur Erhöhung der Veranstal-

tungskontingente bitte sie die Verwaltung jedoch darum, die entsprechende Vorlage dem Ausschuss rechtzeitig im 2. Quartal des Jahres 2016 zur Beschlussfassung vorzulegen. Darüber hinaus begrüße sie, dass dem Ausschuss im 1. Halbjahr des Jahres 2018 ein Erfahrungsbericht über das neue Vergabekonzept vorgelegt werde und bitte auch hier darum, diesen rechtzeitig vorzulegen.

Herr Wolter kann sich den Äußerungen seiner Vorredner teilweise anschließen und bestätigt, seiner Meinung nach habe sich das Konzept durchaus bewährt. So sei z.B. die Anzahl der Beschwerden der Anwohnerinnen und Anwohner der Innenstadtplätze deutlich zurückgegangen. Unabhängig von dem zu beschließenden Konzept, so betont er, müssten darüber hinaus jedoch auch Diskussionen über entsprechende Rahmenbedingen geführt werden. Er erklärt, ähnlich des Verfahrens rund um den Weihnachtsmarkt seien auch bei weiteren Veranstaltungen Qualitätsfragen zu berücksichtigen. Er führt aus, so sollte z.B. bereits im Rahmen der Ausschreibung von Veranstaltungen auf eine gewisse Transparenz geachtet werden. Schreiben der Bürgerinitiative Altstadt machten deutlich, dass an manchen Stellen noch Mängel herrschten. Hier sollte die Verwaltung entsprechende Verbesserungsvorschläge machen, um zukünftig Vorkommnisse, die z.B. rund um das Altstadt-Fest 2012 mit zugestellten Geschäften etc. zu Konflikten geführt haben, bereits vorab ausschließen zu können. Herr Wolter betont, aufgrund der vorliegenden Anwohnerbeschwerden sei die Thematisierung dieser sowie der formulierte Vorbehalt eines Bestätigungsbeschlusses des Ausschusses vor Erweiterung des Veranstaltungskontingentes zwingend erforderlich und bittet, die Angelegenheit dem Ausschuss rechtzeitig zur Beschlussfassung vorzulegen. Darüber hinaus sollte man sich mit der Frage beschäftigen, inwiefern Sportveranstaltungen vor dem Hintergrund möglicher Platzbeschädigungen oder auch Blutspendemobile auf dem Roncalliplatz sinnvoll bzw. keine besseren Alternativen vorhanden seien. Alles in allem könne seine Fraktion sich dem Beschlussvorschlag, unter Aufnahme von Frau dos Santos Anregung zu Ziffer 2, jedoch anschließen.

Herr Görzel greift seine mündliche Anfrage zu der vom ADAC gesponserten Rallye-Veranstaltung auf dem Roncalliplatz auf und merkt an, das Konzept lasse gewisse Ungerechtigkeiten zu und habe sich seiner Meinung nach somit nicht uneingeschränkt bewährt. Vor diesem Hintergrund beantrage er daher, den Beschluss ohne den letzten Satz der Ziffer 1 zu fassen.

Herr Detjen möchte anregen, den Erfahrungsbericht auch den Anwohnerinnen und Anwohnern zur Kenntnis zu geben und in diesem Zusammenhang Anregungen und mögliche Verbesserungsvorschläge zu erfragen, die in den folgenden Vorlagen der Verwaltung aufgegriffen werden könnten.

Herr Schmaul informiert, die Verwaltung habe diese Erfahrungen bereits den Anliegerinnen und Anliegern, den Verbänden, den Interessensgemeinschaften sowie den Veranstaltern in vier Gesprächsrunden im Juni 2013 vorgestellt und mit ihnen erörtert. Darüber hinaus greift er Herrn Wolters Wortbeitrag auf und ergänzt, so sei z.B. im Hinblick auf ggfs. zusätzliche Veranstaltungen auf dem Heumarkt und Alter Markt auch die Möglichkeit besprochen worden, eine Veranstaltung zur Förderung der anliegenden Geschäfte zu initiieren.

Herr Wolter erklärt, er hätte es dennoch für sinnvoll gehalten, den Erfahrungsbericht vorab bereits der Politik zur Kenntnis zu geben. Abschließend teilt er mit, seine Fraktion sehe die Zunahme von Infoveranstaltungen auf den Plätzen Neumarkt und Rudolfplatz eher kritisch. So sei beispielsweise die Veranstaltung "Hits for Kids" seiner Meinung nach nicht mehr als eine reine Verkaufsveranstaltung gewesen. Er appelliere daher an die Verwaltung, bei der Genehmigung der Veranstaltungen verstärkt auf die Einhaltung eines bestimmten Niveaus zu achten.

Herr Granitzka greift zunächst Herrn Görzels Änderungsantrag auf und bittet den Ausschuss um Abstimmung:

### **Mündlicher Änderungsantrag der FDP-Fraktion:**

1. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales nimmt den Erfahrungsbericht der Verwaltung zu dem „Vergabekonzept für Veranstaltungen auf zentralen Plätzen der Kölner Innenstadt für den Zeitraum 2011 – 2013 (Anlagen 1) zur Kenntnis.  
**(Folgender Satz entfällt: Das zum 01.01.2008 entwickelte und zum 01.01.2011 fortgeschriebene Konzept mit seinen Qualitätszielen hat sich bewährt.)**
2. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales beschließt die als Anlage 2 beigefügte weiterentwickelte Fassung des „Vergabekonzeptes für Veranstaltungen auf zentralen Plätzen der Kölner Innenstadt“ für den Zeitraum 2014 – 2018. Die in den Punkten 5.2.4 und 5.3.4 vorgesehenen Erhöhungen der Veranstaltungskontingente auf dem Alter Markt (+2) und Heumarkt (+1) ab 2017 stehen unter dem Vorbehalt eines Bestätigungsbeschlusses des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales im 2. Quartal 2016 nach vorangegangener Anhörung der Anwohnerinnen und Anwohner.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales im 1. Halbjahr 2018 einen Erfahrungsbericht über das Vergabekonzept sowie einen Vorschlag für ein ggf. weiterentwickeltes Konzept ab 2019 vorzulegen. In diesem Zusammenhang sollen im Vorfeld die Anwohnerinnen und Anwohner, die Verbände, die Interessengemeinschaften sowie die Veranstalter angehört werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich, gegen die Stimme der FDP-Fraktion, abgelehnt

Herr Görzel schlägt vor, den Beschluss hilfsweise getrennt nach den Ziffern 1 bis 3 zur Abstimmung zu stellen.

Herr Granitzka greift diesen Vorschlag zusammen mit Frau dos Santos Herrmanns Vorschlag auf und bittet den Ausschuss um Abstimmung:

### **Beschluss:**

1. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales nimmt den Erfahrungsbericht der Verwaltung zu dem „Vergabekonzept für Veranstaltungen auf zentralen Plätzen der Kölner Innenstadt für den Zeitraum 2011 – 2013 (Anlagen 1) zur Kenntnis.  
Das zum 01.01.2008 entwickelte und zum 01.01.2011 fortgeschriebene Konzept mit seinen Qualitätszielen hat sich bewährt.

### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich, bei Enthaltung der Stimme der FDP-Fraktion, zugestimmt

### **geänderter Beschluss:**

2. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales beschließt die als Anlage 2 beigefügte weiterentwickelte Fassung des „Vergabekonzeptes für Veranstaltungen auf zentralen Plätzen der Kölner Innenstadt“ für den Zeitraum 2014 – 2018. Die in den Punkten 5.2.4 und 5.3.4 vorgesehenen Erhöhungen der Veranstaltungskontingente auf dem Alter Markt (+2) und Heumarkt (+1) ab 2017 stehen unter dem Vorbehalt eines Bestätigungsbeschlusses des Ausschusses Allgemei-

ne Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Inter-nationales im 2. Quartal 2016 **nach vorangegangener Konsensbildung mit den Anwohnerinnen und Anwohnern.**

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

3. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales im 1. Halbjahr 2018 einen Erfahrungsbericht über das Vergabekonzept sowie einen Vorschlag für ein ggf. weiterentwickeltes Konzept ab 2019 vorzulegen. In diesem Zusammenhang sollen im Vorfeld die Anwohnerinnen und Anwohner, die Verbände, die Interessengemeinschaften sowie die Veranstalter angehört werden.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**10 Allgemeine Vorlagen**

**10.1 Änderung der Satzungen über die Erhebungen von Gebühren und Kostenersatz für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzungen) 1957/2013**

**Beschluss:**

1. Der Rat beschließt rückwirkend für den Zeitraum vom 28.12.1999 bis 26.03.2008 die 7. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Entgelten und Kostenersatz für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzung) vom 12.12.1990 in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.
2. Der Rat beschließt rückwirkend für den Zeitraum vom 16.06.2011 bis zum Inkrafttreten der Feuerwehrsatzung gemäß Ziffer 3 und der Feuerwehrgebührensatzung gemäß Ziffer 4 die 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenersatz für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzung) vom 12.03.2008 in der als Anlage 2 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.
3. Der Rat beschließt die Satzung über die Erhebung von Kostenersatz für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzung) in der als Anlage 3 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung. Die Feuerwehrsatzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Köln in Kraft.
4. Der Rat beschließt die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrgebührensatzung) in der als Anlage 4 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung. Die Feuerwehrgebührensatzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Köln in Kraft.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

## 10.2 Kooperation der Stadt Köln und des Landschaftsverbandes Rheinland bei der Errichtung und dem Betrieb der Archäologischen Zone mit Jüdischem Museum 2078/2013

Frau dos Santos Herrmann teilt mit, ihre Fraktion begrüße die vorgestellte Kooperation sehr. Ihrer Einschätzung nach handele es sich bei diesem Projekt um das kulturpolitisch Wichtigste im Vergleich zu denen, die der Rat in den letzten Jahren beschlossen habe. Besonders hervorzuheben sei die durch die Kooperation deutlich werdende Anerkennung und Unterstützung des Landes. Den Ergebnissen des Projektes sehe sie mit Freude entgegen.

Frau Manderla erklärt, da ihre Fraktion weder ein wirkliches Konzept noch die zu erwartenden Kosten erkenne, werde sie der Vorlage nicht zustimmen können.

Herr Wolter teilt mit, seine Fraktion werde dem Kooperationsvertrag, den er für eine gute und ausgewogene Lösung halte, gerne zustimmen.

Auch Herr Görzel signalisiert vorab die Zustimmung seiner Fraktion zur Vorlage. Darüber hinaus habe ihn jedoch die Äußerung der CDU-Fraktion in der Versammlung des Landschaftsverbandes an diesem Tage verwundert. Insbesondere vor der hier zurückgelegten Strecke hoffe er, dass die von der CDU-Fraktion dort geäußerten rechtlichen Bedenken alsbald von der Verwaltung und dem LVR ausgeräumt werden und mit einer zeitnahen Umsetzung begonnen werden könne.

Herr Detjen schließt sich den Ausführungen seines Vorredners an und informiert, seine Fraktion werde der Vorlage im Rat zustimmen. Gerade da im Bereich der Kunst und Kultur Wege der Kooperation gefunden werden müssten, halte er diese für einen bedeutenden Schritt. Er würde sich wünschen, dass der LVR seine Unterstützung und Arbeit in diesem Bereich ausbaue. Insbesondere vor dem Hintergrund der Haushaltslage könne er die Bedenken der CDU-Fraktion nicht nachvollziehen.

Frau Manderla erklärt ergänzend, die umliegenden Gemeinden des LVR befänden sich zum Teil in schwierigen finanziellen Situationen. Durch den Beschluss der Vorlage seien diese nun gezwungen, dieses kostenintensive Projekt mit zu finanzieren. Auch sei zu beachten, dass die Finanzierung ggfs. zu Ungunsten des neuen Stadtarchives, aber auch des Römisch-Germanischen-Museums und des Stadtmuseums erfolge, die dringend saniert werden müssten.

Frau Klug bittet zu beachten, im Rahmen von Arbeitsgruppen sei mit viel Vorlauf erhebliche Sacharbeit durch die Verwaltung sowie des LVR geleistet worden. Im Zuge dieses komplexen Prozesses seien unter anderem Fortschreibungen sowohl der finanziellen Konzeption als auch der Ausrichtung der Ausgrabungen vorgenommen worden. Letztendlich sei festzuhalten, dass es sich um einen sehr gründlich ausgearbeiteten Vertrag handele, der ein besonderes und herausragendes Beispiel eines Public-Public-Partnership darstelle, in das auch Mittel der Regionale 2010 einfließen würden. Sie betont, insbesondere aufgrund der bekannten und langen Vorgeschichte und der öffentlichen Debatte über das 'Ob' und das 'Wie' könne nicht von einer unvorbereiteten, nicht diskutierten Vorlage gesprochen werden können. Sie bestätigt, selbstverständlich und unvermeidlich könnten sich nichts desto trotz darüber hinaus, vergleichbar zum Haushalt, im Laufe des Projektes Finanzrahmendaten ändern oder neue Rechtsfragen aufkommen.

### **Beschluss:**

Der Rat stimmt dem als **Anlage** beigefügten Entwurf einer öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung zur Kooperation der Stadt Köln und des Landschaftsverbandes Rheinland bei der Errichtung und dem Betrieb der Archäologischen Zone mit Jüdischem Museum zu. Er beauf-

trägt die Verwaltung, diese Vereinbarung mit dem Landschaftsverband Rheinland zu schließen.

Die sich aus dieser Rahmenvereinbarung ergebenden weiteren Vereinbarungen und Nutzungsverträge sind dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen, soweit es sich nicht um einfache Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt bzw. sie nicht der Organisationsgewalt des Oberbürgermeisters unterliegen.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich, gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, zugestimmt

Granitzka  
Vorsitzender

Stiens  
Schriftführerin